



– Sekundarstufe I und II –

Der Schulleiter

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME  
18/1251**

A15

Konrad-Adenauer-Ring 30

**41747 Viersen**

Telefon: 0 21 62 / 1 20 86

Telefax: 0 21 62 / 35 91 50

[www.evr-viersen.de](http://www.evr-viersen.de)

E-Mail: [schulleitung@evr-viersen.de](mailto:schulleitung@evr-viersen.de)

Viersen, den 31. Januar 2024

**A15 – Personaloffensive – 27.2.2024, Drucksache 18/6384**

**Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion „Gut durchdacht statt schlecht gemacht: Die Landesregierung muss endlich ein Gesamtkonzept zur Besoldungsstruktur des Schulsystems in NRW vorlegen“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Möglichkeit, im Zusammenhang mit dem o. g. Antrag eine Stellungnahme abgeben zu können, bedanke ich mich ausdrücklich.

Der vorliegende Antrag zielt in die richtige Richtung: Wir müssen die Weichen stellen für einen zeitgemäßen, attraktiven Arbeitsplatz Schule. Es braucht eine echte Bildungsoffensive, denn wir wissen: Investitionen in Bildung sind immer zugleich nachhaltige Investitionen in die Zukunft. Jede Überlegung, die wir in Bildung investieren, wird sich später positiv auswirken – auf den jeweiligen Bildungsstandort und vor allen Dingen auf unsere Kinder. Viel zu lang wurden die Schulen finanziell und personell unzureichend versorgt. Dass sie dennoch herausragende Leistungen erbringen, liegt viel zu sehr immer noch an der Bereitschaft und am Engagement der Kolleginnen und Kollegen, nicht an der Qualität der politischen Maßnahmen. Insofern ist es wichtig und richtig, wenn Bildung und Erziehung ins Zentrum unseres und des öffentlichen Interesses gerückt werden. Auch insofern ist die Zielsetzung des vorliegenden Antrags mehr als zu begrüßen.

Dieses Um- und Gegensteuern braucht es jetzt: Immer noch bleiben an den Schulen Mangelfächer un- oder unterbesetzt, weil die Lockungen der Privatwirtschaft mit höheren Verdienst- und Karrieremöglichkeiten zu groß sind, als dass Absolventen den Weg in das Lehramt als attraktive Alternative betrachten könnten. Immer noch heißt es: Wer einen der als unfassbar schwierig geltenden Studiengänge im MINT-Bereich schafft, ist auf dem Arbeitsmarkt ein derart begehrter Leuchtturm, dass er auf beiden Augen blind sein müsste, würde er dem Ruf des Öffentlichen Dienstes folgen. Immer noch beschreiben wir hier ein Phänomen, das sich nur mit Hilfe eines grundsätzlichen Umsteuerns, eines gesamtgesellschaftlichen Gewaltakts und eben auch mit zusätzlichen finanziellen Mitteln – Investitionen im oben beschriebenen Sinne – lösen ließe. Vor dem damit grob umrissenen Hintergrund braucht es eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, eine Verbesserung der Bezahlung und damit Maßnahmen, die zur Steigerung der Attraktivität des Berufs geeignet sind, Maßnahmen, die dazu geeignet sind, nur die Besten eines Jahrgangs für die Lehramtsstudiengänge zu gewinnen, Maßnahmen, die am Ende zu einer deutlichen Wertschätzung denen gegenüber beitragen, die bereit sind, diese wichtige Zukunftsaufgabe zu übernehmen. Wenn wir, gefangen im PISA-Schock, verzweifelt z. B. nach Finnland schauen und uns fragen, was dort besser läuft, so stellen wir fest: Es sind genau diese Punkte.

Ob auf dem Weg dorthin die Umstellung der Lehrerausbildung auf gleich lange Bachelor- und Masterstudiengänge ein „wichtiger und längst überfälliger Schritt“ war, wie im vorliegenden Antrag behauptet wird, wird die Zukunft zeigen müssen. Mit Blick auf die Gegenwart melde ich zumindest begründete Zweifel an dieser Behauptung an, stellen wir in der täglichen Praxis doch zumindest deutliche Defizite bei vielen Absolventinnen und Absolventen fest. Eine durch Bachelor und Master stärker verschulte und vereinheitlichte universitäre Ausbildung führt zu jüngeren und mitunter weniger selbstständigen Berufsanfängern. Oftmals fehlt es ihnen darüber hinaus an genau jener Fachlichkeit, die insbesondere für

den Unterricht an der Schulform Gymnasium unabdingbare Voraussetzung ist, verschärfen weggefallene Abschlussprüfungen diesen Mangel. Die ebenfalls umstrittene Verkürzung des anschließenden Referendariats trägt ein Übriges dazu bei. Und aus dieser zumindest noch nicht als Königsweg identifizierten Vereinheitlichung der Studiengänge leitet man nun die Forderung einer Vereinheitlichung der Bezahlung als Konsequenz ab. Das hieße, aus dem einen Fehler unmittelbar den nächsten herzuleiten und darin eine logische Stringenz zu erblicken. Meine Sorge besteht nach wie vor darin, dass eine „echte Gleichbezahlung und Gleichstellung aller Lehrämter“ eben nicht Gerechtigkeit und Gleichstellung nach sich ziehen. Mitunter klingt der Ansatz nach ideologisch motivierter, am Ende übertriebener Gleichmacherei und lässt außer Acht, dass es durchaus massive Unterschiede zwischen den einzelnen Lehrämtern und der mit der jeweiligen Tätigkeit verbundenen Arbeitsbelastung gibt.

Ob tatsächlich von einer Gleichwertigkeit aller Lehrämter gesprochen und ausgegangen werden kann, bedarf also einer gründlichen Überprüfung. Richtig ist, dass eine höhere Besoldung oder geringere Unterrichtsverpflichtung zum Beispiel auf der Tatsache basieren, dass Unterrichtsvor- und -nachbereitungen und Korrekturen eben deutlich aufwändiger sind und deutlich mehr Zeit, Arbeitszeit, in Anspruch nehmen, wenn man sie für Schüler:innen der Sekundarstufen, zumal der Sekundarstufe II, vornimmt. Die These, dass junge Menschen eine Tätigkeit an diesen Schulformen wegen der geringeren Unterrichtsverpflichtung zunehmend stärker in den Blick nähmen, ist m. E. zu kurz gegriffen, wissen sie doch, dass einer geringeren Unterrichtsverpflichtung eine stärkere Arbeitsbelastung gegenübersteht. Das Lehramt an anderen Schulformen kann trotz etwas geringerer Bezahlung eben wegen der im Gegenzug geringeren Arbeitsbelastung attraktiv sein und ist es über Jahrzehnte hinweg ja auch gewesen. Der bedauerliche Trend hin zum Lehramt für die Sekundarstufe II beruht nach meiner Beobachtung vielmehr darauf, dass die in Rede stehenden Schulformen über die letzten Jahrzehnte hinweg systematisch kaputtgemacht wurden. Junge Menschen denken in erster Linie deshalb nicht mehr über eine Festanstellung an einer Hauptschule nach, weil diese Schulform nur noch in einzelnen Enklaven ein Restdasein fristet, das nach Einschätzung dieser Personen keine Zukunftsperspektiven bieten kann. Sie drängen folglich an andere Schulformen und konsequenterweise an solche, deren Existenz sie als dauerhaft gesichert empfinden, also an Gymnasium und Gesamtschule. Und leider gilt der beschriebene Niedergang inzwischen längst in gleicher Weise für die Realschulen; vielerorts werden Sekundar-, Stadtteil- oder Primusschulen nur als temporärer Reparaturkitt und deswegen ähnlich kritisch betrachtet.

Der britische Ökonom Fred Hirsch wusste bereits in den 1970er Jahren: „Wenn alle auf den Zehenspitzen stehen, sieht keiner besser.“ Wir dürfen Chancengerechtigkeit nicht mit Gleichmacherei verwechseln. Mit dem berechtigten Ziel, mehr Chancengleichheit herzustellen, sind erfolgreich arbeitende Schulformen ohne Not in ihrer Existenz bedroht und sogar zerstört worden. Dadurch, dass man die Gesamtschule *neben* das gegliederte Schulsystem gestellt hat, musste es so kommen. Gleichwohl ist dieser Fehler begangen und sind seine Konsequenzen in Kauf genommen worden. Nun soll eine Gleichstellung der Beschäftigten eine bessere Lehrerversorgung garantieren. Ich melde erhebliche Zweifel an, dass dieser Versuch der Gleichstellung trotz völlig unterschiedlicher Ausrichtungen und Aufgaben erfolgreich und gewinnbringend verlaufen kann, und fühle mich an die Fehler der Vergangenheit erinnert, die als Ergebnis der „Schulstrukturdebatte“ oder eines zweifelhaften „Schulfriedens“ weiterhin nur scheinbar gelöst im Raum stehen. Die These, dass mit gleicher Bezahlung aller Unterrichtenden freie Stellen schneller besetzt werden könnten, ohne dadurch neue Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit zu schaffen, bleibt eine Behauptung ohne faktische Grundlage. Schon jetzt haben wir einen auf einzelne Schulformen bezogenen Gegensatz, vielerorts sogar offenen Konflikt, weil faktische Ungleichheiten zwischen Korrektur- und Nichtkorrekturfachlehrer:innen ungelöst fortbestehen. Gegensätze wie diese würden durch eine unangemessene Angleichung bei der Bezahlung zusätzlich verschärft werden.

Meine größte Sorge bezieht sich darauf, dass wir Gefahr laufen, einen einmal eingeschlagenen, nicht zwingend richtigen Kurs nicht zu korrigieren, sondern durch das Setzen zusätzlicher Segel verschärfen und mit noch mehr Tempo in die immer noch falsche Richtung segeln: So wie man, ohne viel über nachgelagerte Konsequenzen nachzudenken, in die Einführung eines achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs eingestiegen ist, um dann nach kurzer Erprobungsphase wieder zurückzurudern, so wie man mit dem durchaus sinnvollen und richtigen Ziel, bessere Bildungsabschlüsse für mehr Menschen zu ermöglichen, über das Ziel hinausgeschossen ist und einen regelrechten Akademisierungswahn hervorgerufen hat, der heute zu einem eklatanten Mangel an Fachkräften zum Beispiel im Handwerk führt, droht nun ein Einstieg in eine gleiche Bezahlung für alle, ohne hinreichend über mögliche Konsequenzen nachzudenken. So ist es meines Erachtens durchaus denkbar, wenn nicht sogar wahrscheinlich, dass eine gleiche Bezahlung unabhängig von

Schulform und Arbeitsbelastung in der Öffentlichkeit zu dem Eindruck führt, man könne angesichts dieser veränderten Rahmenbedingungen einen leichteren und weniger arbeitsintensiven Einstieg ins Berufsleben an den Schulformen schaffen, die mit weniger fachwissenschaftlichen und daraus resultierend weniger Unterrichtsvor- und Nachbereitungen und Korrekturaufwand verbunden sind. Das Signal, das damit einherginge, wäre ebenso fatal wie die Auswirkungen, die wir in den o. g. Bereichen (G8, Abschaffung eines funktionierenden dreigliedrigen Schulsystems und übertriebene Akademisierung) erleben mussten. Womöglich stehen wir in einigen Jahren zu wenigen Interessierten an den arbeitsintensiveren Lehrämtern der Sekundarstufe II gegenüber und hätten damit das Problem nur verschoben. Obwohl wir in Deutschland an vielen Stellen erschreckend langsam sind, was Neuerungen und Modernisierung betrifft, sind wir bei Schulreformen gerne schnell zu tiefgreifenden Veränderungen bereit. Oft wird dabei vergessen zu prüfen, unter welchen Bedingungen sie gelingen und zu welchen Ergebnissen sie führen können.

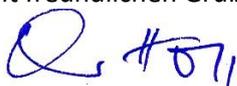
Auch die im Antrag unter III vorgeschlagene Staffelung eines möglichen neuen Landesbesoldungsgesetzes wirft eine ganze Reihe von Fragen auf: Auf welcher Grundlage entsteht die offensichtlich willkürlich gezogene Linie von 360 Schülerinnen und Schülern, bis zu der die eine beziehungsweise ab der die andere Besoldungsstufe vorgeschlagen wird? Wie ließe sich angesichts einer durch diese Tabelle vorgesehenen, nur geringfügig anderen Besoldung jemand für die Leitung eines Gymnasiums oder einer Gesamtschule mit über 1.000 Schülerinnen und Schülern gewinnen, wenn er oder sie für fast dieselbe Vergütung (A 15 Z statt A 16) auch eine Grundschule mit 200 Schülerinnen und Schülern und deutlich weniger Verantwortung leiten könnte? Arbeitsaufkommen und Arbeitszeiten sind in diesen beiden sehr konträren Arbeitsfeldern in keiner Weise vergleichbar. Wir würden erneut eine im Grunde vernünftige Idee verfolgen, aber zugleich in ihrer Umsetzung derart überziehen, dass mit ähnlich unerwünschten, für die Gesellschaft teilweise fatalen Effekten wie in den o. g. Beispielen zu rechnen wäre. Ein solcher Vorschlag für eine neue Besoldungstabelle muss folglich viel differenzierter und mit dezidiertem Blick auf die konkreten Verhältnisse vor Ort ausfallen, als es der vorliegende Vorschlag mit seinen pauschalen und willkürlich erscheinenden Forderungen erkennen lässt. Das gilt z. B. auch für die unausgereiften Ideen bezüglich der Fachleitungen.

Unterstützen möchte ich das Ansinnen, über eine bessere Bezahlung mehr junge Menschen für den Einstieg ins Lehramt zu begeistern: Insbesondere über eine Anhebung der Bezüge während der zweiten Phase der Lehrerausbildung kann die völlig zurecht eingeforderte Steigerung der Attraktivität unseres Berufs gerade für die jungen Leute, die es braucht, in Aussicht gestellt werden. Dies gilt auch für die im Antrag erwähnten Mitglieder multiprofessioneller Teams: Sie sind ein Musterbeispiel dafür, in welcher Form und an welchen Stellen der Fachkräftemangel bereits heute deutlich zu spüren ist; ein Auffangen dieser fatalen Entwicklung und ein Gegensteuern sind nur durch die Schaffung finanzieller Anreize und eine auch ansonsten höhere Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule zu erreichen.

Was wir zur Realisierung der im Grunde ja richtigen Zielsetzung brauchen, sind folgende Maßnahmen:

- Verbesserung der Bezahlung über eine zeitgemäße, die jeweilige Arbeitsbelastung in den Blick nehmende Besoldung
- Schaffung eines zeitgemäßen, digitalisierten, gesundheitsfördernden Arbeitsplatzes für das pädagogische und nicht-pädagogische Personal
- Einführung von Langzeitarbeitskonten zur Steigerung der Attraktivität des Berufs und zur langfristigen Erhaltung von Motivation und Gesundheit, grundlegende Neudefinition der Lehrerarbeitszeit
- Verkleinerung der Lerngruppen durch deutlich bessere Versorgung mit Lehrkräften
- Verbesserung der pädagogischen Qualität mit Hilfe der durch die prognostizierte Trendwende in der demographischen Entwicklung zusätzlich vorhandenen Lehrkräfte
- Verdopplung der Anrechnungsstunden, mit deren Hilfe die Schulleitungen vor Ort (!) dazu beitragen können, Be- und Entlastungen der Lehrkräfte zu steuern (nur so schwindet das unzumutbare Gefühl, immer alles noch zusätzlich bewältigen zu müssen)
- Verlässlichkeit über die Legislaturperiode hinaus

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Hopp, OSTd



★ vielseitig ★ weltoffen ★ menschlich